

## INHALT

## ISTANBUL-KONVENTION

- Dilken Çelebi  
**3 Die Istanbul-Konvention als Instrument gegen Gewalt gegen Frauen**
- Heleen Zorgdrager  
**6 Krieg als Katalysator. Die ukrainischen Kirchen und die Gender-Debatte**
- Regina Elsner  
**10 Woher dieser Hass? Russlands Krieg um die „natürliche Ordnung“**
- Regula Zwahlen  
**14 Tradition oder Gewaltprävention? Polen und die Istanbul-Konvention**
- Halina Radacz  
**16 Ein langer Weg. Evangelische Frauen in Polen gegen Gewalt**
- Enikő Pap  
**19 Wenn Opferschutz zum Opfer wird: Ungarn und die Istanbul-Konvention**
- Leda Sutlović  
**22 Gescheiterte Kampagne. Der Konflikt um die Istanbul-Konvention in Kroatien**
- Sophie Zviadadze  
**26 Das „Kreuz des 5. Juli“. Kampf gegen LGBT-Rechte in Georgien**
- 29 RUNDSCHAU**

## BUCHBESPRECHUNGEN

- Osteuropa Recht 68/1 2022  
**31 Istanbul-Konvention**
- Anja Hennig, Mirjam Weiberg-Salzman (eds.)  
**Illiberal Politics and Religion in Europe and beyond**

Liebe Leserin  
Lieber Leser

2011 hat der Europarat das bisher umfassendste Dokument gegen häusliche und frauenfeindliche Gewalt ausgearbeitet: das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, nach dem Unterzeichnungsort Istanbul-Konvention genannt. Die Ratifizierung der Konvention verlief nicht reibungslos, noch immer ist die Konvention in einigen – vor allem osteuropäischen – Staaten nicht in Kraft. Armenien, Bulgarien, Lettland, Litauen, die Slowakei, Tschechien und Ungarn haben sie noch nicht ratifiziert, Großbritannien und die Ukraine erst im Sommer 2022 – letztere aufgrund ihrer verstärkten Bemühungen um eine europäische Integration angesichts des russischen Angriffskriegs, wie Heleen Zorgdrager in ihrem Beitrag erklärt.

Widerstand gegen die Istanbul-Konvention kommt oft aus konservativen Teilen der Bevölkerung und insbesondere von Kirchen und Religionsgemeinschaften. Dabei werden hauptsächlich der im Dokument verwendete Gender-Begriff sowie Maßnahmen zur Förderung von Gleichberechtigung kritisiert, die präventiv gegen Gewalt an Frauen wirken sollen, nicht die Bekämpfung gegen (häusliche) Gewalt an Frauen an sich. Allerdings übersehen die Kritiker oftmals die strukturellen und systematischen Ursachen von Gewalt oder bestreiten sie, zudem gewichten sie das Ideal der traditionellen Familie höher als den Schutz von Frauen. Zudem nehmen sie die Bemühungen um Gleichstellung und im weiteren Sinn Offenheit für Gender- und LGBTQI+-Themen als fremde, aufgezwungene Vorstellungen und Normen wahr, welche die eigene traditionelle Identität und die Souveränität des Staates bedrohen.

Die Abwehrhaltung gegen LGBTQI+-Themen zeigt sich auch in Gesetzen gegen „Propaganda von nicht traditionellen sexuellen Orientierungen“, wie es sie in Russland oder Ungarn gibt. Ein weiterer Aspekt sind die teils gewalttätigen Proteste gegen Pride-Paraden und ähnliche Kundgebungen wie zuletzt im September in Belgrad an der Europride. In Georgien protestierten 2021 Gläubige und Geistliche der orthodoxen Kirche gemeinsam mit ultrakonservativen und rechtsextremen Gruppen gegen einen „Marsch der Würde“ in Tbilisi, wobei es zu Ausschreitungen mit über 50 verletzten Journalisten kam, wie Sophie Zviadadze in ihrem Beitrag schildert. Andererseits konnte die Europride in Belgrad trotz der Proteste stattfinden, und Länder wie Kroatien ratifizierten die Istanbul-Konvention trotz aller Kritik und Proteste, wie in Leda Sutlovićs Beitrag nachzulesen ist. Dies zeigt, dass Geschlechtergerechtigkeit und die Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt zunehmend auch im östlichen Europa als wichtige Anliegen wahrgenommen werden.

Titelbild: „Anstatt Blumen – Istanbul-Konvention“  
 fordern Ukrainer:innen am Internationalen Frauentag  
 2021. Foto: Shutterstock.com

Die Zeitschrift RGOW wird vom Institut G2W,  
 Ökumenisches Forum für Glauben, Religion  
 und Gesellschaft herausgegeben, das vom  
 gleichnamigen Verein getragen wird.

© Nachdruck von Texten und Übernahme von  
 Bildern nur mit Genehmigung der Redaktion.

Natalija Zenger